

## LANDRATS-SESSION VOM 15. November 2017

---

### Sitzung des Landrats vom Mittwoch, 15. November 2017, 08.00 Uhr, im Rathaus zu Altdorf

Vorsitz:	Landratspräsident Christoph Schillig, Flüelen
Protokoll:	Ratssekretärin Kristin Arnold Thalmann, Altdorf
Entschuldigungen:	Hugo Forte, Spiringen Nora Sommer, Altdorf

#### Beratungsgegenstände

Siehe Beilage

- 1 Einberufung des Landrats vom 4. Oktober 2017

#### **Geschäfte**

1. Neue parlamentarische Vorstösse

- 1.1 Allfällige Einreichung und Begründung neuer parlamentarischer Vorstösse

2. Detailberatung und Beschlussfassung

- 2.1 Verordnung über die Bereitschaftsentschädigung für Hebammen

Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission und Regierungsrätin Barbara Bär, Vorsteherin der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion, Altdorf

- 2.2 Unterhaltsprogramm für die Kantonsstrassen 2016 bis 2019; Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit

Baukommission und Regierungsrat Roger Nager, Vorsteher der Baudirektion, Andermatt

- 2.3 Leistungsprogramm ab dem Jahr 2018 zwischen dem Kanton Uri und dem Kantonsspital Uri

Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission und Regierungsrätin Barbara Bär, Vorsteherin der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion, Altdorf

3. Schriftliche jährliche Berichterstattung der Kommissionen; mit Diskussion
- 3.1 Interparlamentarische Fachhochschulkommission (IFHK) der Hochschule Luzern - Fachhochschule Zentralschweiz
4. Parlamentarische Vorstösse
- 4.1 Interpellation Sylvia Läubli Ziegler, Erstfeld, zu «STEP 2030/2035 und NEAT-Zulaufstrecke»; Beratung
- 4.2 Interpellation Simon Stadler, Altdorf, zu Verwendung des Ausbruchsmaterials der zweiten Gotthard-Strassenröhre in Uri; Beratung
5. Fragestunde

---

#### Eröffnung der Sitzung

Landratspräsident Christoph Schillig, Flüelen, begrüsst zur November-Session. Er verweist auf verschiedene spannende Anlässe, die er als Landratspräsident besuchen konnte. Damit eröffnet er die Sitzung.

#### Geschäftsliste

Die Geschäftsliste wird genehmigt.

#### Geschäfte

1. Neue parlamentarische Vorstösse
- 1.1 Nr. 117 L-270 Motion Dr. Toni Moser, Bürglen, zu Mehr Transparenz bei Steuerabzügen für politische Parteien  
  
 Siehe Beilage  
 2 Text der Motion vom 15. November 2017 mit Begründung
- 1.2 Nr. 118 L-400 Motion Michael Arnold, Altdorf, zu Kunst- und Kulturförderung sowie massvolle Beiträge für «Kunst am Bau»  
  
 Siehe Beilage  
 3 Text der Motion vom 15. November 2017 mit Begründung
- 1.3 Nr. 119 L-362 Parlamentarische Empfehlung Christian Arnold, Seedorf, zu Mehr Schutz von Kul-

turland

Siehe Beilage

4 Text der Parlamentarischen Empfehlung vom 15. November 2017 mit Begründung

1.4 Nr. 120 L-362 Parlamentarische Empfehlung Nina Marty, Altdorf, zu Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor

Siehe Beilage

5 Text der Parlamentarischen Empfehlung vom 15. November 2017 mit Begründung

Die Erstunterzeichnerin bzw. der Erstunterzeichner begründet den jeweiligen Vorstoss. Die Vorstösse gehen zur Beantwortung an den Regierungsrat.

2. Detailberatung und Beschlussfassung

2.1 Nr. 121 L-630 Verordnung über die Bereitschaftsentschädigung für Hebammen

Siehe Beilagen

6 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 29. August 2017

7 Antrag der landrätlichen Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission vom 25. Oktober 2017

2.11 Eintreten

Simon Stadler, Altdorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Kurt Gisler, Altdorf, und Dr. Toni Moser, Bürglen.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

2.12 Detailberatung

Keine Bemerkungen, die zu Beschlüssen führen.

2.13 Beschluss

Der Landrat beschliesst:

1. Die Verordnung über die Bereitschaftsentschädigung für Hebammen, wie sie in der Beilage der Vorlage enthalten ist, wird beschlossen (60:0 Stimmen, 0 Enthaltungen).
2. Die Motion von Landrat Dr. Toni Moser, Bürglen, vom 27. Januar 2016 zu Sicherung der ambulanten Betreuung von Frauen und Neugeborenen daheim wird als materiell erledigt am Protokoll abgeschrieben (61:0 Stimmen, 0 Enthaltungen).

2.2 Nr. 122 L-150 Unterhaltsprogramm für die Kantonsstrassen 2016 bis 2019; Zusatzkredit zum

## Verpflichtungskredit

Siehe Beilagen

- 8 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 29. August 2017
- 9 Antrag der landrätlichen Baukommission vom 25. Oktober 2017

### 2.21 Eintreten

Peter Tresch, Göschenen, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Georg Simmen, Realp, nimmt Stellung aus Sicht der Finanzkommission. Den Antrag, auf das Geschäft einzutreten, stellen auch Daniela Planzer, Schattdorf, Bernhard Epp, Bürglen, Roland Poletti, Schattdorf, und Sylvia Läubli Ziegler, Erstfeld.

Baudirektor Roger Nager, Andermatt, gibt bekannt, dass die Regierung sich dem Antrag der Baukommission anschliesst, welcher den Antrag Ziffer 1 der Vorlage (10,6 Mio. Franken) aufteilt in die beiden Ziffern 1 (8,1 Mio. Franken) und Ziffer 2 (2,5 Mio. Franken).

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

### 2.22 Detailberatung

Keine Bemerkungen, die zu Beschlüssen führen.

### 2.23 Beschluss

Der Regierungsrat schliesst sich dem Antrag der Baukommission an, welcher den Antrag Ziffer 1 der Vorlage (10,6 Mio. Franken) aufsplittet in die beiden Ziffern 1 (8,1 Mio. Franken) und 2 (2,5 Mio. Franken). Der Landratspräsident lässt einzeln über die Anträge der Baukommission abstimmen und führt aus, dass sich der Betrag in Ziffer 3 aufgrund der Beschlüsse zu Ziffer 1 und Ziffer 2 ergibt.

#### Antrag Ziffer 1

Der Verpflichtungskredit für das UHP 2016 bis 2019 wird um 8,1 Mio. Franken erhöht. Diese Erhöhung ergibt sich durch die zeitliche Verschiebung der Kosten für die WOV.

Dieser Antrag wird mit 61:0 Stimmen (0 Enthaltungen) angenommen.

#### Antrag Ziffer 2

Der Verpflichtungskredit für das UHP 2016 bis 2019 wird mit einem Zusatzkredit von 2,5 Mio. Franken erhöht. Dieser Betrag entspricht den bereits bewilligten Beiträgen für die Sanierung der Bristenstrasse und die Sanierung der Stützmauer zwischen der Gotthardstrasse und dem SBB-Trasse bei Intschi.

Dieser Antrag wird mit 47:12 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

### Antrag Ziffer 3

Der Verpflichtungskredit (Rahmenkredit) für das UHP 2016 bis 2019 beläuft sich damit auf insgesamt 30,7 Mio. Franken.

Dieser Antrag wird mit 57:1 Stimmen (3 Enthaltungen) angenommen.

### 2.3 Nr. 123 L-630 Leistungsprogramm ab dem Jahr 2018 zwischen dem Kanton Uri und dem Kantonsspital Uri

Siehe Beilagen

10 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 26. September 2017

11 Antrag der landrätlichen Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission vom 25. Oktober 2017

### 2.31 Eintreten

Simon Stadler, Altdorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Nicole Cathry, Altdorf, Petra Simmen, Altdorf, Kurt Gisler, Altdorf, und Dr. Toni Moser, Bürglen.

Regierungsrätin Barbara Bär, Vorsteherin der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion, beantragt, an Stelle des Antrags wie er in der Vorlage aufgeführt ist, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Leistungsprogramm des Kantonsspitals Uri, gemäss Beilage der Vorlage, wird für ein Jahr - für das Jahr 2018 - genehmigt.

### Ordnungsantrag

Georg Simmen, Realp, stellt den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts an den Regierungsrat mit folgenden Direktiven:

1. *Dem Landrat sei ein verordnungskonformes Leistungsprogramm für das Kantonsspital Uri ab 2018 vorzulegen.*
2. *Dieses Leistungsprogramm sei auf eine Dauer von vier Jahren zu befristen.*

Regierungsrätin Barbara Bär, Altdorf, plädiert, den pragmatischen Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und das Leistungsprogramm für ein Jahr zu genehmigen.

Georg Simmen, Realp, hält an seinem Rückweisungsantrag fest.

Der Landratspräsident führt aus, dass er zunächst die Direktiven des Ordnungsantrags einzeln

zur Abstimmung bringt und im Anschluss über den Rückweisungsantrag abstimmen lässt.

#### Direktive 1

*Dem Landrat ist ein verordnungskonformes Leistungsprogramm für das Kantonsspital Uri ab 2018 vorzulegen.*

Diese Direktive wird mit 56:4 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

#### Direktive 2

*Dieses Leistungsprogramm ist auf eine Dauer von vier Jahren zu befristen.*

Diese Direktive wird mit 50:11 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, angenommen.

Der Rat diskutiert.

#### Ordnungsantrag

Thomas Huwyler, Altdorf, stellt den Antrag auf Unterbruch der Verhandlung.

Der Antrag für ein Timeout wird mit 34:26 Stimmen (0 Enthaltungen) abgelehnt. Damit ist die Verhandlung fortzusetzen.

In der anschliessenden Abstimmung über den Antrag von Georg Simmen auf Rückweisung mit den beiden Direktiven wird der Rückweisungsantrag mit 58:3 Stimmen (0 Enthaltungen) angenommen. Damit geht das Geschäft an den Regierungsrat zurück mit den beiden beschlossenen Direktiven.

### 3. Schriftliche jährliche Berichterstattung der Kommissionen; mit Diskussion

#### 3.1 Nr. 124 L- 151 Interparlamentarische Fachhochschulkommission (IFHK) der Hochschule Luzern - Fachhochschule Zentralschweiz

Siehe Beilagen

- 12 Bericht 2016 der Interparlamentarischen Fachhochschulkommission (IFHK FHZ) an die Parlamente der Konkordatskantone vom August 2017  
Jahresbericht 2016 der Hochschule Luzern (separat)

Nina Marty, Altdorf, stellt den Jahresbericht vor. Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### 4. Parlamentarische Vorstösse

4.1 Nr. 125 L-720 Interpellation Sylvia Läubli Ziegler, Erstfeld, zu «STEP 2030/2035 und NEAT-Zulaufstrecke»

Siehe Beilagen

- 13 Text der Interpellation vom 21. Juni 2017
- 14 Antwort des Regierungsrats vom 26. September 2017

Die Interpellantin erklärt sich teilweise befriedigt von der Antwort des Regierungsrats.

4.2 Nr. 126 L-150 Interpellation Simon Stadler, Altdorf, zu Verwendung des Ausbruchsmaterials der zweiten Gotthard-Strassenröhre in Uri

Siehe Beilagen

- 15 Text der Interpellation vom 21. Juni 2017
- 16 Antwort des Regierungsrats vom 3. Oktober 2017

Der Interpellant erklärt sich nicht befriedigt von der Antwort des Regierungsrats. Der Rat diskutiert.

5. Fragestunde

Es stellten Fragen:

- Dr. Toni Moser, Bürglen, zu einer Untersuchung von negativen Auswirkungen von Zweitwohnungen. Justizdirektorin Dr. Heidi Z'graggen, Erstfeld, beantwortet die Frage.
- Franz Christen, Schattdorf, zu einem Ersatzneubau Hotel Klausen-Passhöhe. Justizdirektorin Dr. Heidi Z'graggen, Erstfeld, beantwortet die Frage.
- Peter Tresch, Göschenen, zu einer Konzession an ein Fernbusunternehmen für die Strecke Zürich-Lugano und einer Bewilligung, bei Stau über den Werkhof Göschenen einfahren zu dürfen. Sicherheitsdirektor Dimitri Moretti, Erstfeld, beantwortet die Frage.
- Martin Huser, Unterschächen, zu Haltestellen für den ÖV bei der Poststelle in Bürglen. Baudirektor Roger Nager, Andermatt, beantwortet die Frage.

Schluss

Landratspräsident Christoph Schillig, Flüelen, dankt für die angeregten Diskussionen. Mit verschiedenen Mitteilungen schliesst er die Session.

Schluss der Sitzung: 11.30 Uhr

Der Präsident:

Die Protokollführerin:

16 Beilagen erwähnt